

SPD Fraktion Haan

Haushaltsrede 2010

aus Anlass

der Verabschiedung des Haushalts 2010 der Stadt Haan

in der Sitzung des Rates

am 08. Juni 2010

von Wilfried Pohler

Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion

(Es gilt das gesprochene Wort)

Die Zukunft sichern – investieren für Menschen

Haushalts sicherungskonzept, Nothaushalt, das sind die bestimmenden Vokabeln der letzten Wochen und – sicher auch – der kommenden Jahre. Ursachen hierfür sind mehrere zu nennen: strukturelles Haushaltsdefizit, geringere (zurückgegangene) Steuereinnahmen, Beginn des Abbaus des Sanierungsstaus.

Strukturelles Haushaltsdefizit:

Trotz hoher Steuereinnahmen in den vergangenen Jahren ist es nicht gelungen, die erforderlichen Gelder für Investitionen so bereit zu stellen, dass das städtische Vermögen dauerhaft gesichert werden konnte. Dieser Werteverzehr belastet die aktuelle Haushaltssituation nachhaltig.

Dem gilt es von Politik, aber vor allem seitens der Verwaltung entgegenzusteuern. Die von der Gemeindeprüfungsanstalt ins „Stammbuch“, oder besser „ins Pflichtenheft“ geschriebenen Potentiale sind kurzfristig abzarbeiten, ich verweise auf die möglichen Personalkosteneinsparungen in Höhe von ca. 950.000 €, die ohne Kündigungen bestehender Arbeitsverhältnisse realisiert werden können. Dazu später mehr.

Darüber hinaus sind den Gemeinden immer neue Aufgaben durch Bund und Land übertragen worden, die sich im jährlichen Haushalt summieren, ohne dass es entsprechend hohe Zuwendungen seitens dieser Ebenen gibt.

Wir begrüßen die Bemühungen, möglichst viele Kinder möglichst früh in einen Kindergarten, eine Kindertagesstätte zu bringen, aber ein großer Teil dieser Kosten muss von der Stadt getragen werden.

Auch die Kosten für die gute Einrichtung der Angebote der offenen Ganztagschule und des Ganztagsbetriebs an den weiterführenden Schulen belasten den städtischen Haushalt sowohl bei der Schaffung der Angebote als auch bei den laufenden Kosten.

Hier erwarten wir aber auch, dass der Begriff „Konnexitätsprinzip“ nicht nur eine schöne Vokabel bleibt, sondern auch zu entsprechenden Zuweisungen seitens der „Verursacher“ führt, also die Zuwendungen stärker an die tatsächlichen Kosten angepasst werden.

geringere Steuereinnahmen

Bedingt durch Wirtschaftskrise und andere Faktoren sind die Steuereinnahmen, vor allem aus Gewerbe- und Einkommenssteuer rückläufig. Dies muss zunächst als Fakt so hingenommen werden.

Unerklärlich bleibt dann aber, warum die zu erzielenden Steuereinnahmen – zumindest in der mittelfristigen Finanzplanung – nicht realisiert werden, sondern die Stadt sich den „Luxus leistet“, einen Teil ihrer Steuereinnahmen zusätzlich in die Umlagehaushalte z.B. des Kreises abzuführen, da sie mindestens 18%-Punkte unter dem der Berechnung zugrundeliegenden Steuerhebesatz bleibt. Dies ist - vor allem in der

aktuellen Haushaltssituation – nicht nachvollziehbar. Bürgerinnen und Bürger, und besonders auch Wirtschaftsunternehmen haben ein Anrecht auf eine intakte Infrastruktur, wie funktionsfähige Straßen, Schulen, Kindergärten, alles Projekte der Daseinsvorsorge und keine Prestigeobjekte.

Die Argumentation, durch niedrige Gewerbesteuerhebesätze neue Firmen zur Ansiedlung in Haan anzuwerben, scheint durch die Ansiedlungen der letzten Jahre nicht bestätigt zu werden. Hier gilt es, sich über die Ziele der Wirtschaftsförderung neu zu verständigen.

Beginn des Abbaus des Sanierungsstaus

Lange wurde nur in neue Projekte investiert. Für erforderliche Erhaltungsmaßnahmen wurden zwar – kameralistisch – Abschreibungen vorgenommen, aber keine tatsächlichen Rückstellungen gebildet. So entstand über Jahrzehnte durch eine falsche Steuer- und Ausgabenpolitik, initiiert durch die ehemaligen Kämmerer und getragen von der schwarz-gelben Mehrheit dieses Rates ein sehr großer Sanierungsstau, dessen Abbau gerade erst begonnen hat. Viele Projekte warten noch darauf, begonnen zu werden, beispielhaft sei hier das Gymnasium genannt, das z.B. dringend energetisch ertüchtigt werden müsste. Zzt. heizen wir so, dass das Geld zum Fenster hinausgeht, bei Einfachverglasung und falsch dimensionierter Heizungsanlage nicht verwunderlich.

Zwei Beispiele, wie es anders werden kann:

Der Neubau der Grundschule Mittelhaan ist begonnen, die Probleme mit den Räumlichkeiten sind lange bekannt gewesen und führten immer wieder zu kostenaufwendigen Flickarbeiten, die aber nicht zu einer Grundsanierung des Gebäudes führten. Hier sind nach Fertigstellung Kosteneinsparungen zu erwarten, zumal die Musikschule einen Teil der Räume mitnutzen wird und damit zwei Standorte (Diekerstraße 45 und Blücherstraße) entfallen.

Der Neubau der Feuerwache, bereits 1989 von der Feuerwehrunfallkasse angemahnt, kann nun endlich beginnen – 23 Jahre später (2012) werden Berufsfeuerwehr und Freiwillige Feuerwehr bessere Arbeitsbedingungen für ihren Einsatz zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger erhalten. Wir erhoffen uns, dass dadurch auch die Bereitschaft zur Mitarbeit bei der Freiwilligen Feuerwehr zunimmt und die Hauptberuflichen neue Motivation für ihre verantwortungsvolle Tätigkeit erhalten.

Nun zu einzelnen Themen der Stellenplan- und Haushaltsplanverabschiedung:

Stellenplan

Hatten wir im letzten Jahr noch formuliert: „Der Stellenplan wird von der SPD mitgetragen, auch wenn bei der einen oder anderen Stelle noch Fragen bestehen. Wir erwarten von der Verwaltung, dass im Jahre 2009 die Arbeit im Arbeitskreis auf der Basis der Untersuchung des Gemeindeprüfungsanstalt intensiv weitergeführt wird. Ziel muss es sein, eine Neustrukturierung der Verwaltung zu erreichen, die den Anforderungen der Bürger gerecht wird, aber auch den Bedürfnissen der Stelleninhaberinnen und Stelleninhaber Rechnung trägt.“

So müssen wir dieses Jahr feststellen, dass dieses Jahr nicht genutzt wurde.

Die SPD-Fraktion fordert deshalb den Bürgermeister auf, dem Rat bis Ende 2010 ein entsprechendes Personalentwicklungskonzept vorzulegen und dabei die „natürliche“ Personalentwicklung zu berücksichtigen. Dieses Personalentwicklungskonzept muss Strukturen in Frage stellen und Hierarchien abbauen. Interessanterweise ist dies ja in Ansätzen im Baudezernat bereits erfolgt, in den übrigen Bereichen wartet die Politik auf entsprechende Vorschläge. Wir fragen, wie will Haan den von der GPA genannten Durchschnittswert erreichen, wenn kein Personalorganisationskonzept besteht. Aus diesem Grunde macht auch eine Einzelberatung des Stellenplans wenig Sinn.

Sollte die Verwaltung für die Aufstellung des Personalentwicklungskonzepts externe Beratung benötigen, sollte dies mit einem entsprechenden Ansatz im Haushalt ermöglicht werden.

Haushalt und Stellenplan Jugendamt

Den Haushaltsansätzen und den Stellen im Jugendbereich kann sicherlich zu gestimmt werden, bis auf die Stellen Jugendhilfeplaner und Streetworker. Beide Stellen sind erforderlich für eine kontinuierliche Arbeit.

Die Stelle des Streetworkers ist wieder als Vollzeitstelle einzurichten. Wir erwarten, dass sich diese Arbeit in Kooperation mit dem städtischen Jugendhaus wieder dahin entwickelt, dass innerstädtische Treffpunkte als Form des Miteinanders junger Menschen ohne Probleme für die Jugendlichen und für Passanten und Anwohner akzeptiert werden.

Haushaltsicherungskonzept 2010 – 2015

Die SPD Fraktion wird dem HSK nicht zustimmen, da keine Bemühungen erkennbar sind, einen Haushaltsausgleich innerhalb des Planungszeitraumes zu erreichen.

Hebesatz-Satzung 2010

Einnahmenverbesserungen für den Haushalt 2010 und folgende sind sowohl bei der Gewerbesteuer als auch bei Grundsteuer A und B nicht vorgesehen. Dies ist um so erstaunlicher, als in einer Haushaltssatzung der Vorjahre seitens der Kämmerin die Notwendigkeit der Anhebung auf 403 Punkte aufgezeigt wurde.

Die vor uns liegenden Investitionen im schulischen und sportlichen Bereich verbessern zwar die Infrastruktur, aber sie können nicht allein durch die Erhöhung der Gewerbesteuer mitfinanziert werden. Hier sind alle Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen. Folgende Hebesätze für 2010 werden von uns beantragt:

- Gewerbesteuer 403
- Grundsteuer A 200
- Grundsteuer B 390

Es ist gleichzeitig festzuhalten, dass bei verbesserter Einnahmesituation auch eine Rückführung auf niedrigere Sätze vorgenommen werden soll.

Nun noch einige Fakten zu einzelnen Themen:

Ganztagsförderung: Das Angebot wird gut angenommen, wie Aus- und Erweiterungsbauten zeigen, z.B. der fertig gestellte Pavillon an der Don-Bosco-Schule oder der Bedarf an der Grundschule Gruitzen.

Bildung ist Kapital für die Zukunft. Deshalb ist es wichtig, Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass junge Menschen in geeigneten Räumen unterrichtet werden können. Das Projekt des Neubaus der Grundschule Mittelhaan unter Einbeziehung des Umzugs der Musikschule ist auf den Weg gebracht. Parallel hierzu wird im Bereich der Walderstraße in den Mensabereich und im Gymnasium ebenfalls im Mensabereich investiert. Noch immer in der Planung ist die Sanierung der Sporthalle Adlerstraße.

Die Sanierung der Stadtbücherei nimmt langsam Formen an.

Musikschule: Die Musikschule leistet viel für die Stadt. Das von Zeit zu Zeit über vertragliche Bedingungen gesprochen wird, ist sicherlich normal, andererseits muss aber auch seitens der Stadt gesehen werden, welche Rahmenbedingungen bestehen, denn Ziel muss es sein, das gute Angebot zu für die Eltern akzeptablen Preisen vorzuhalten. Hier lohnt sich sicher auch ein Vergleich mit anderen Städten, wo die Kosten der Städtischen Musikschule um ein Vielfaches höher liegen.

Gut ist es, dass es gelungen ist, eine Schulsozialpädagogin mit Erstarbeitseinsatzort Schulzentrum Walderstraße einzustellen, die seit Anfang dieses Jahres tätig ist.

Bei der Kinderbetreuung ist es weiter erforderlich, die bestehenden Angebote im Kindertagestättenbereich auszubauen und ggf. auch zusätzliche Gruppen zu schaffen. Dies gilt auch bei den Angeboten für die unter Dreijährigen.

Natürlich ist auch eine Kooperation mit dem Jugendparlament wichtig, um so die Interessen der verschiedenen Gruppen von Jugendlichen zu bündeln und die Bedürfnisse junger Menschen in den Angeboten zu berücksichtigen.

Seniorenbeirat: Der Seniorenbeirat hat mit Schwung seine Arbeit aufgenommen. Natürlich müssen auch die Rahmenbedingungen für diese Arbeit geschaffen werden, somit ist der 1/3 Stellenanteil und Räumlichkeiten eine Selbstverständlichkeit, um die Tätigkeit zum Wohle unserer älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger wahrnehmen zu können.

Auch Menschen mit Behinderung haben ein Recht darauf, behindertengerechte Lebensmöglichkeiten in unserer Stadt vorzufinden. Deshalb sind wir froh, dass der barrierefreie Zugang zum Hallenbad nun geschaffen werden kann. Hervorheben möchten wir auch die integrative Beschulung, die es – nun schon seit vielen Jahren- jungen Menschen ermöglicht, gemeinsam aufzuwachsen und miteinander und voneinander zu lernen.

Obdachlose, Asylbewerber und Flüchtlinge benötigen menschenwürdige Unterkünfte und die Nachbarschaft solcher Einrichtungen benötigt ein gesichertes Umfeld. Durch die Betreuung dieses Personenkreises ist es möglich geworden, einige in Wohnraum zu vermitteln, andere benötigen aber weiterhin ihre bisherige Wohnmöglichkeit. Wir unterstützen die Verwaltung im Bemühen der Integration in bestehende

Wohnquartiere und fordern gleichzeitig im Interesse der Nachbarn städtischer Unterkünfte die Umfeldbedingungen zu verbessern.

Menschen sollen möglichst lange mobil sein können, deshalb setzen wir uns auch für ein der Nachfrage Rechnung tragendes Angebot im ÖPNV ein. Wir haben das Konzept für den barrierefreien Zugang beider Bahnhöfe beschlossen. Während in Haan mit der Rampenlösung ein erster Schritt getan ist, harrt das Projekt am Bahnhof Gruiten weiter auf die Umsetzung. Überrascht mussten wir feststellen, dass verwaltungsseitig dieses Projekt zeitlich nach hinten geschoben wurde, ohne die Politik dabei entsprechend einzubinden.

Der Sportplatz an der Hochdählerstraße ist endlich saniert, die Zukunft des Sportplatzes in Gruiten ist mit den Beteiligten abzustimmen.

Das Haaner Hallenbad soll den Haanerinnen und Haanern erhalten bleiben, dies vor allem im Hinblick auf bestimmte Zielgruppen. Neben dem Schulschwimmen als Pflichtaufgabe sollten auch Angebote für spezielle Gruppen geprüft werden wie z.B. Mutter-Kind, Babyschwimmen, Versehrtengruppen.

Was bleibt? Das Prinzip Hoffnung, dass die Konjunktur anspringt und sich die Einnahmen wieder verbessern? Die durch den Bürgermeister wieder in die Diskussion gebrachten Versuche, Einnahmen durch den Verkauf von Stadtwerkeanteilen oder des Trägerkapitals der Stadtsparkasse zu erzielen, sollten endlich aufgegeben werden, denn dies wird über höhere Energiepreise oder geringere Leistungen für die Vereine eine Rechnung sein, die die Bürgerinnen und Bürger letztendlich zu bezahlen haben.

Die SPD-Fraktion stimmt diesem NKF-Haushalt und dem HSK nicht zu, da ernsthafte Bemühungen um einen mittelfristigen Finanzausgleich nicht zu erkennen sind.

Der Verwaltung, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, sei herzlich gedankt für ihren Einsatz, der unter den derzeitigen Bedingungen nicht immer einfach war, ist und sein wird.